

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Wittenberg, Dresden, Schillingstraße 10/11. Druck: Max Wittenberg, Dresden, Schillingstraße 10/11. Redaktion: Max Wittenberg, Dresden, Schillingstraße 10/11.

Abdruck aus dem Dresdner Nachrichten Nr. 176 vom Donnerstag, 14. April 1932. Preis: 10 Pf.

Verlag: Max Wittenberg, Dresden, Schillingstraße 10/11. Druck: Max Wittenberg, Dresden, Schillingstraße 10/11.

## Die Durchführung des SA-Verbotes

### Musterhafte Disziplin - Erbitterung auf der Rechten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. April. Verbot und Auflösung der nationalsozialistischen Selbstschutzorganisationen haben, wie zu erwarten war, die Erbitterung weiter nationaler Volksschichten auf das äußerste gesteigert. Es ist dabei keineswegs so, daß nur die Nationalsozialisten selbst von dieser Welle der Erregung ergriffen worden sind. Betrachtet man das Echo insgesamt, so kann man feststellen, daß neben den Nationalsozialisten

die gesamte bürgerlich-nationale Rechte auf das Vergehen der Reichsregierung mit größter Empfindlichkeit reagiert hat.

Die Sympathien sind, abgesehen von der Linken und linksorientierten Kreisen der politischen Mitte, jedenfalls nicht bei denjenigen, die die Notverordnung unterzeichnet haben, und noch weniger bei denen, die sie, wie beispielsweise in Preußen, noch vor ihrem offiziellen Ergehen durchführten. In allen Reichsteilen begrüßt man es unvorbehalten, daß sich in der Politik der Verfolgung, in deren Zeichen der gekrigte Abend und die vergangene Nacht in Deutschland gehalten hat, eine neue Väterregeneration finden, die nach Maßgabe ihrer politischen Möglichkeiten alles zu vermeiden suchen, was die Erbitterung unnötig steigern könnte. Hier hat man sich der vorläufigen Aufgabe im Geiste der Ritzler Lichter unterzogen. Man war bestrebt, die Gefühle derjenigen, denen man Organisationen, die mit unendlich vielen persönlichen und finanziellen Opfern, mit wahren Kameradschaftsgeistern in einem Jahrzehnt aufgebaut worden sind, erschlagen zu sehen, nach Möglichkeit zu schonen, denn es konnte ja nicht die Aufgabe vernünftiger Väterregeneration sein, die schon nahezu unüberbrückbare Kluft, die sich im Volke ansetzt hat, noch weiter zu vertiefen.

An ihrer empfindlichsten Stelle hat die Nationalsozialisten nicht so sehr die Tatsache getroffen, daß man den Namen der Organisation zerstört und alles weggenommen werden konnte, sondern daß man ausdrücklich in der Notverordnung auch vorbildlich, Hand an die Grenzzeichen, die Standards und Fahnen der SA, zu legen, die für jeden Nationalsozialisten Symbol eines jenen sind und mit dem Blut von 300 Toten und vielen Tausenden von Verletzten besiegelt sind. Gerade diese Bestimmung ist es gewesen, die den Soldaten in den Reihen der SA einen besonders gegen den Zirkel angehen ließ. Hier hörte in den Reichsteilen jedes Verbrechen auf.

Nachdem heute ein Ueberblick über die gesamte Aktion im Reich möglich ist, kann man feststellen, daß die nationalsozialistischen Formationen in ihrer schwersten Stunde musterhafte Disziplin bewahrt haben. Allerdings war die SA, auf den Schritt gefaßt, und an den meisten Stellen ließ sich die Polizei vor leeren Räumen, in denen zum Teil nicht einmal mehr Bürotische aufgestellt waren, finden.

Die Festzeichen und Standards sind ausnahmslos rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden. Nur die eigentlichen Geschäftsunternehmungen, die sogenannten Zeugnisereien, wurden größtenteils Opfer der Verfolgung.

Am loyalsten haben, wie der Ueberblick ergibt, die meisten Regierungen gehandelt, in denen die schwarz-rote Koalition nicht am Ruder ist. Dazu gehört Sachsen, dessen Stellungnahme heute in einigen Berliner Blättern am hervorragendsten Stelle wiedergegeben wird. In Braunschweig hat sich die dortige Reichsregierung bereitwilligste Zeit gelassen, in Bremen hat man von einer Polizeifaktion überhaupt Abstand genommen und sich darauf beschränkt, den Nationalsozialisten von dem Erlaß der Notverordnung offiziell Kenntnis zu geben. Auch in Thüringen und den beiden Mecklenburg hat man sich darauf beschränkt, daß nach der Notverordnung Notwendigkeit zu tun.

Am rigorosesten sind die Regierungen in Bayern, Preußen, Baden und Hessen vorgegangen.

Politisch am unangenehmsten haben aus nachfolgenden Gründen diejenigen Gruppen die neue Notverordnung empfunden, die zwischen Zentrum und Deutschnationalen stehen. Gerade hier ist der Widerstand gegen das SA-Verbot in den letzten Tagen am größten gewesen, weil man mit Recht vermutete, daß die Mehrzahl der SA-Mitglieder nach rechts abwandern würde.

Es war deshalb nur zu begreiflich, daß einige Parteiführer der rechten Mitte am Dienstag und Mittwoch die Reichsregierung geradezu beschworen, von dem SA-Verbot abzusehen.

Dingeldey, Graf Westarp und verschiedene andere politische Persönlichkeiten dieser Richtung wollten beim Reichspräsidenten noch einmal persönlich vorstella werden, mußten aber davon Abstand nehmen, weil Hindenburg inzwischen keine Entscheidung schon getroffen hatte.

Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten werden voraussichtlich durch das SA-Verbot bei den kommenden Wahlen nicht nur nicht geschädigt werden, sondern sogar zahlenmäßig Vorteile zu erwarten haben. Die Nationalsozialisten sind, obwohl ihnen zum mindesten in Preußen und Bayern ihre gesamte Landtagswahlorganisation erschlagen worden ist, ebenfalls im Hinblick auf das Wahlergebnis durchaus optimistisch.

### Auch die Hitler-Jugend verboten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. April. Das Verbot der SA und SS ist heute auch auf die nationalsozialistischen Organisationen „Hitlerjugend“ und „Volkssportvereine Berlin“ ausgedehnt worden, weil die letztere Organisation, die feinergeteilt die Öffentlichkeit antizipiert hat, von dem Truppenübungsplatz Döberitz beschlagnahmt wurde. Heute vormittag fanden in der Zentrale der NSDAP, Berlin und auch an anderen Stellen der Reichshauptstadt wiederum polizeiliche Durchsuchungen statt, um die Räume der beiden verbotenen Organisationen zu verriegeln und gestern beschlagnahmtes Material sicherzustellen.

In dem SA-Verbot wird ferner an unterrichteter Stelle noch mitgeteilt, daß am gestrigen Mittwoch der politische Beauftragte Dittler, Hauptmann Goering, den Versuch gemacht habe, mit dem Reichsinnenminister Groener ein Aussprache über die Durchführungsbestimmungen des SA-Verbotes herbeizuführen. Groener habe Goering indessen an die Väterinstanzen verwiesen mit dem Hinweis, daß er nicht in der Lage sei, mit einem Beauftragten der Partei zu verhandeln. Lediglich ein Empfang des braunschweigischen Innenministers Klages hat gestern stattgefunden. Klages habe unter Protest erklärt, daß sich Braunschweig der Notverordnung nicht unterwerfe.

Inzwischen hat das „Echo de Paris“ ein Telegramm ihres Berliner Korrespondenten gebracht, in dem behauptet wird, Hindenburg und Groener hätten die SA, erit verboten, nachdem sie die militärische Kampfstärke dieses Wehrverbandes auf andere Weise sicherstellen hätten. In der Wilhelmstraße wird dies als eine Unterstellung bezeichnet, die für den Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ noch Konsequenzen haben soll.

### Hitlers Aufruf an die Nationalsozialisten

Berlin, 14. April. Adolf Hitler hat zu dem SA- und SS-Verbot einen Aufruf an seine Anhänger erlassen, in dem es u. a. heißt: „General Groener hat als Aufruf für die Väterinstanzen die SA und SS aufgelöst. Reichsbanner und Hitler Front dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und daher nicht verboten.“

Parteilosen! Jahrelang seid ihr getrennt meiner Anordnung, leget den Weg zur Erringung der politischen Macht verlassen. Ihr seid in dieser Zeit auf das grausamste verfolgt und gemißhandelt worden. Hunderte von Kameraden wurden getötet, viele Tausende sind verwundet. Die feigen Mörder und Schläger befinden sich jedoch zum überwiegenden Teil auf freiem Fuß. Für den Verlust der Notwehr habt ihr zahllose Geländes- und Nachtstraßen erhalten. Das General Groener, Herr Braun, Herr Seering, Herr Graefinckel, Herr Stähler und Herr Dr. Bräuning usw. wollen, weiß ich, und ihr wißt es auch. Unsere Antwort auf diesen neuen Verweisungsbescheid des Systems wird keine Parade, sondern ein Dief sein. Am 24. April ist der Tag der Vergeltung.

In dem Zwecke empfehle ich Euch, meine ehe-maligen Kameraden der SA und SS, folgendes an: Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen. Ihr erhaltet als Parteigenossen eure Pflicht, indem ihr Euch in den Selbsterhaltung und Ortsgruppen zur politischen Wahrheit freilassen und Ortsgruppen zur politischen Wahrheit freilassen. Das will ich mehr als je zuvor zur Verfügung stellen. Gebt den äußerlichlichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen fadenheimlichen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn ihr eure Pflicht erfüllt, wird dieser

Schlag des General Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen. Denn trotz General Groener: Solange ich lebe, gehöre ich Euch und Ihr gehört mir. Am 24. April möge es einer gerechten Vorlesung gefalle, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu leiten!“

### Anrufung des Staatsgerichtshofs?

Berlin, 14. April. Die Führer der NSDAP sind fast ausschließlich in Berlin versammelt und beraten zur Zeit mit Dittler und ihren Juristen im Hotel Kaiserhof, welche Schritte gegen das SA-Verbot unternommen werden sollen. Wahrscheinlich wird der Staatsgerichtshof an-gesprochen werden, vor allem auch deshalb, weil vielfach von der Polizei Material beschlagnahmt wurde, was nicht der SA, sondern der Partei gehört.

### Landtagsabgeordneter Studentowski verhaftet

Leipzig, 14. April. Wie vom Polizeipräsidenten Leipzig mitgeteilt wird, hat sich in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der NSDAP, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Studentowski an Verhöhnungen und Beleidigungen des Reichspräsidenten beteiligen lassen. Studentowski ist im Laufe des Donnerstagsvormittags zu der Sache polizeilich vernommen worden. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung und da Verdunkelungsgefahr vorliegt, ist die An-gellegenheit unter Aufsicht des Polizeipräsidenten der Staats-anwaltschaft übergeben worden. Die Anklagenstru-mente der in der Versammlung anwesenden SA-Kapelle wurden beschlagnahmt. Im Hinblick auf die Ver-sammlung kam es an einigen Stellen der Stadt zu Ordnungshandlungen.

### Die Aktion in Chemnitz

Chemnitz, 14. April. Wie zu den bereits gemeldeten polizeilichen Handlungen in den Chemnitzer SA-Räumen noch ergänzend berichtet wird, erschien die Polizei am Mittwochabend 8.30 Uhr in Stärke von etwa 70 Mann und blieb dort bis gegen 10.30 Uhr. Beschlagnahmt wurden insgesamt drei Trommeln, 91 Protokollbücher und einige Landkarten. Auch in der Wohnung des SA-Führers Schlegel wurde eine Handlung vorgenommen, die jedoch ergebnislos verlief. Ebenso wurde die Sport-schule der NSDAP, in Hammerleubsdorf ge-schlossen. Zur Zeit der polizeilichen Aktion sprach im Darmortsaal der nationalsozialistische Wirtschaftspolitiker Feder, während dessen Rede die Standardkapelle auf polizeiliche Veranlassung das Podium räumen mußte.

### Protest der nationalsozialistischen Landtagsfraktion

Dresden, 14. April. Wegen der Auflösung der SA- und SS-Formationen richtete die nationalsozialistische Fraktion im Sächsischen Landtag sofort nach Bekanntwerden des Ver-botes ein Protestschreiben an die sächsische Regierung an Händen des Ministerpräsidenten, das folgenden Wortlaut trägt: „Die nationalsozialistische Landtagsfraktion protestiert hiermit gegen die einseitigen Verbotsmassnahmen der Reichsregierung und die völlig ungerechtfertigten Hand-lungen. Sie verlangt im Namen von weit über 100.000 Mitgliedern und 1 1/2 Millionen Wählern Schadens von der sächsischen Regierung Vollzugsverweigerung und sofortigen Einspruch gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen des Reiches.“

## Die Meinung des Auslandes

### Genugtuung in Paris

Paris, 14. April. In der Pariser Presse verfolgt man die letzten Ereignisse in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Die Auflösung der Sturmabteilungen der Nationalsozialisten wird mit besonderer Genugtuung ver-zichnet und sehr eingehend besprochen. Die großen Blätter wollen diese Maßnahme der Reichsregierung allgemein mit der Abrüstungskonferenz in Verbindung bringen und betonen, daß die Regierung Wert darauf lege, mit einem Gemissten in die Hauptphase der Genfer Verhandlungen einzutreten. Der außenpolitische Ver-tritteter des „Echo de Paris“, Vertinax, gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Beschluß der Reichsregierung erst so spät verwirklicht worden sei. Man habe wohl eingesehen, daß es in Genf sehr schwer gelaufen wäre, die übrigen Mächte von den friedlichen Absichten Deutschlands zu überzeugen, wenn man an der Seite des amtlichen deutschen Deeres eine 400.000 Mann starke illegale Armee bestehen lasse. Der „Petit Parisien“ betont, daß man sich in Bezug auf die angebliche Einigkeit im Schoß des Kabinetts ziemlich skeptisch zeigen müsse. Die Be-ziehungen zwischen dem Großen Hauptquartier der Reichs-wehr und demjenigen Hitlers seien zu eng und zu herzlich

gewesen, als daß die Auflösung der Sturmtruppen von einer ganzen Reihe von Generalen letzten Detzans mit ange-schaut werde. Deutschland habe sich jedoch nicht der Gefahr an-sehen können, in Genf die Genugtuung über die Tatsachen berechnung der Arme Hitlers abgeben zu müssen. Auch das „Journal“ bezweifelt die angebliche Einmütigkeit im Schoß des Kabinetts und betont, es sei im Augenblick noch unklar, die Auswirkungen dieses sensationellen Be-schlusses anzulegen.

### „Dies ist Hitlers Stunde!“

Wie die Londoner Presse denkt

London, 14. April. Bei der Beurteilung des Verbotes der nationalsozialistischen SA-Organisation hält sich die englische Presse völlig an die amtlich angegebene Begrün-dung. Durchweg wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß die weitere Entwicklung in Deutschland Gegenstand erster Sorge bleibe. „Daily Express“ best die Schwierigkeit der Lage für Hitler hervor.

Aber dennoch sei Hitlers größte Gelegen-heit zu gleicher Zeit gekommen. Wenn er seine Armee auflösen müsse, ließe ihm aber trenn bleibe, wenn er seine Leibgarde entlasse und dennoch seinen